

## DIE LINKE. Fraktion in der Regionsversammlung der Region Hannover

Rede des Fraktionsvorsitzenden Jörn Jan Leidecker zum Haushalt 2011 der Region Hannover  
am 15.02.2011

Es gilt das gesprochene Wort

Herr Vorsitzender,

Herr Regionspräsident,

meine Damen und Herren,

diesen Haushalt umweht ein Hauch des Abschiedes: es ist der letzte Haushalt, den diese Regionsversammlung verabschieden wird, bevor am 11. September diesen Jahres eine neue Regionsversammlung gewählt wird. Und wenn man die ritualisierten Debatten in den Fachausschüssen verfolgt hat, wenn man wieder einmal das ewiggleiche Hin und Her zwischen dem „weiter so!“ von Rot-Grün und der sachfremden Fundamentalopposition von Schwarz-Gelb verfolgen musste, der kann nur feststellen: die Wahlen können keinen Tag zu früh kommen, um den Stillstand, den die Politik nach nur 10 Jahren Region Hannover erreicht hat, zu beenden.

Wer diesen Haushalt liest, kann nur feststellen: diese Region braucht einen Kurswechsel zu mehr sozialer Gerechtigkeit, echter ökologischer Nachhaltigkeit und einer

kommunalen Beschäftigungs- und Wirtschaftspolitik, die Arbeit schafft, statt sich selbst zu verwalten.

Meine Damen und Herren,

fiskalisch ist dies der letzte Haushalt, in dem die Summe der Investitionskredite kleiner ist, als die Summe der Kassenkredite zur Sicherung der Liquidität. In den kommenden Jahren wird diese Differenz auf über 300 Mio. Euro anwachsen. Das ist die eigentlich dramatische Situation dieses Haushaltes. Zusammen mit der vorgelegten negativen Eröffnungsbilanz bedeutet dies, dass wir von einer schlechten Lage auf eine Haushaltsnotlage zusteuern.

Nach 10 Jahren Rot-Grün in der Regionsversammlung ist dieser Haushalt bald ein Fall für den Staatskommissar. Wir wissen ja, dass Sie zum Regionspräsidenten ein gespaltenes Verhältnis haben, aber das kann nun wirklich nicht ihre Antwort auf seinen Politikstil sein!

Viel zu lange hat sich Rot-Grün vor einer gerechten Verteilung der Sozillasten durch eine maßvolle Erhöhung der Regionsumlage gedrückt. Als sie dann endlich die Kraft gefunden hatten, hat die Finanzkrise die Region Hannover, wie so viele andere Kommunen auch, voll erwischt. Es war wie so oft bei Ihnen zu wenig, zu spät.

In der Krise hat sich das dreifache Dilemma der Kommunalfinanzen in der Region Hannover offenbart:

Erstens: die Gewerbesteuer ist in ihrer jetzigen Form - vor allem ohne die Einbeziehung zum Beispiel von Ärzten und Anwälten - als konjunkturabhängige Steuer extremen Schwankungen unterworfen und wirkt vor allem prozyklisch. Genau dann, wenn die Kommunen Geld bräuchten, um auch auf der kommunalen Ebene Nachfrage zu schaffen, weil die Wirtschaftsleistung zurückgeht, verknappt der Rückgang der Gewerbesteuer die zur Verfügung stehenden Mittel.

Zweitens: Hartz IV war ein Angriff auf die sozial Benachteiligten, aber es war andererseits auch ein Angriff auf die Kommunalfinanzen: Die Kosten der Unterkunft explodierten und machen jede kommunale Konsolidierung praktisch unmöglich. Die Folgen sind im ganzen

Land zurückgehende Investitionen, eine immer schlechter werdende Infrastruktur, schließende Bibliotheken und steigende Gebühren. An dieser Stelle ein konkreter Vorschlag: lassen sie uns noch zu seinen Lebzeiten die kaputtteste Strasse im Regionsgebiet nach Gerhard Schröder benennen. Das wäre ein würdiger Kommentar und ich denke die Bürgerinnen und Bürger werden genügend sinnvolle Vorschläge dafür machen. Drittens: die schwarz-gelbe Landesregierung macht seit 2003 eine klare Politik zu Lasten der Region Hannover. Sie steuert Mittel um. Auch in diesem Jahr werden nur 13 Prozent der Bundesmittel zum Lastenausgleich für die Kosten der Unterkunft, die nach Niedersachsen fließen, an die Region Hannover weitergeleitet, obwohl hier 20 Prozent der landesweiten Kosten entstehen.

Meine Damen und Herren,

selbst wenn wir alles richtig machen würden, steht die Region Hannover fiskalisch vor dem aus. Dies zeigt, dass ohne eine grundsätzliche Form der Finanzierung der Kommunen und der Lasten der Sozialausgaben, die in der Verfassung garantierte kommunale Selbstverwaltung gar nicht mehr möglich ist. Was Bund und Land den Kommunen antun ist staatszerstörend und verfassungswidrig.

Dennoch kann und darf die Politik nicht den Kopf in den Sand stecken. Auch in diesem Haushalt gibt es Steuerungsmöglichkeiten für eine sozialere Region Hannover. Vielfach geht es darum Mittel effizienter und anders einzusetzen. DIE LINKE hat sich eingehend mit dem Haushalt beschäftigt und in die Beratungen eine Reihe konkreter Änderungsanträge eingebracht:

Für uns am wichtigsten ist die Einführung eines echten Sozialtickets: wir wollen einen stark ermäßigten Monatstarif im ÖPNV der Region Hannover. Dazu schlagen wir einen aufkommensneutralen Finanzierungsweg vor. Die Region sollte dem Beispiel Kölns und vieler anderer Kommunen folgen und statt eines Einzelzuschusses für jede verkaufte Wertmarke zu einem pauschalen Ausgleich für den GVH, der in der gleichen Höhe veranschlagt wird, übergehen. Was für den Zoo gilt, gilt auch hier: die allermeisten verkauften Sozialtickets sind ohnehin schon zusätzliche Einnahmen, weil die von Hartz IV-Betroffenen sie sich ohnehin

nicht leisten konnten! Sozial gerechte Politik schafft Mehreinnahmen, nicht Minderausgaben – es wird Zeit, dass sie die Blockade eines solchen Richtungswechsels aufgeben.

Wir wollen aus der Fehlkonstruktion der Bürgerarbeit einen Einstieg in eine kommunale öffentliche Beschäftigungspolitik mit tariflich bezahlten sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen organisieren.

Wir wollen in den kommenden Jahren die Mittel, die für Eingliederungshilfen in den Jobcentern zur Verfügung stehen, erhöhen, um Menschen wieder in Beschäftigung zu bringen.

Wir wollen keinen Hochbahnsteig am Schwarzen Bären, der in seiner jetzigen Form, das Aus für die kleinen Läden am Schwarzen Bären bedeutet und ein ganzes Quartier gefährdet.

Wir sind dafür, dass sich die Region Hannover schon jetzt für eine Verlängerung der Partnerschaft mit dem Theater für Niedersachsen ausspricht, anstatt für 2014 die Zahlen einfach auf Null zu setzen.

Und wir stehen zu der Verantwortung der Region Hannover und der Landeshauptstadt für das Altlastendebakel in der List. Es ist beschämend, wir versucht wird, die Folgen für jahrzehntelanges Verwaltungsversagen auf die Wohnungsinhaberinnen und -inhaber abzuwälzen. In Abwesenheit eines landesweiten Altlastenfonds muss es eine Übernahme der Kosten unter Heranziehung der Landeshauptstadt geben, die die eigentliche Schuldige ist. Gutachten sind zum Lesen da, gerade wenn es um die akute Gefährdung von Bürgerinnen und Bürgern geht.

Meine Damen und Herren,

insgesamt haben wir ihnen 14 Änderungs- und Haushaltsbegleitanträge vorgelegt. Mehr als CDU und FDP zusammen. Damit haben wir auch wieder einmal bewiesen, wer die konstruktive sachorientierte soziale Opposition in dieser Wahlperiode gewesen ist.

Schwarz-Gelb hat es nicht einmal hinbekommen, einen Änderungsantrag zu stellen, das Sozialticket, das sie so geißeln, aus dem Haushalt rauszustreichen. Sie nehmen diese Beratungen hier gar nicht mehr ernst, und deswegen, kann man Sie auch nicht mehr ernst nehmen.

Rot-Grün hat trotz allem jeden unserer Antrag abgelehnt. Die Mehrheitsgruppe, macht Politik nur noch mit dem Tunnelblick. Die Dynamik ihrer Politik entspringt nur noch dem Versuch ihre inneren Widersprüche und Konflikte zu überdecken. Sie haben im Grunde die Ausrichtung und Gestaltung der Regionspolitik der Verwaltung überlassen.

Meine Damen und Herren,

es geht daher in diesem Jahr am 11.September eben auch um die Rückgewinnung der politischen Gestaltungshoheit durch diese Versammlung und für eine stärkere Bürgerbeteiligung. Eine starke LINKE steht für offenere und demokratischere politische Kultur.

Es kann nicht sein, dass sogar Braunschweig schon eine Bürgerbefragung zum Stadionneubau hatte, in der Region Hannover jedoch die Bürgerinnen und Bürger noch nicht einmal bei einer wichtigen Frage beteiligt hat. Wir wollen dies in den nächsten 5 Jahren mindestens einmal pro Jahr tun. Überall in der Region beteiligen sich die Menschen an Protesten, sie ketten sich an Bäume am Ihmeufer, sie engagieren sich in Bürgerinitiativen gegen den überflüssigen und gefährlichen Abtransport von sicheren Deponien. Hören Sie auf so zu tun, als könnten die kommunalen Gremien besser als die Menschen, die sie wählen, über Sachfragen entscheiden. Bürgerbeteiligung muß zu einem Markenzeichen und zu einem strategischen Ziel der Region Hannover werden.

Meine Damen und Herren,

lassen sie mich zum Schluss auf die vielleicht wichtigste Aufgabe der kommenden Monate kommen: Wir brauchen eine Neuausrichtung der Wirtschaftsförderungs- und Ansiedlungspolitik in der Region Hannover. Vor dem Hintergrund der demographischen Faktoren, des ökonomischen und ökologischen Wandels, muss die Region frühzeitig aktiv

werden, um bestehende Wirtschaftszweige zu sichern und in zu uns passenden Clustern neue Wirtschaftszweige zu entwickeln. Vor der Größe dieser Herausforderung ist es nicht nachvollziehbar, dass wir immer noch eine getrennte Wirtschaftsförderung von Landeshauptstadt, Region und HannoverImpuls haben.

Der Erfolg von Wirtschaftsförderung ist nicht abhängig von der Rechtsform, in der sie betrieben wird. Aber sie muss klareren Zielen folgen als bisher: Die Kooperation mit den Forschungszentren an den hannöverschen Universitäten muss verstärkt werden und wir brauchen eine echte Gründerakademie, die Nachwuchskräften bei der Bildung von Start Ups im Umfeld der Universitäten hilft und durch einen Beteiligungsfond Kapital für die ersten Schritte zur Verfügung stellt. Gleichzeitig wollen wir im Sozial- und Pflegebereich die Bildung von genossenschaftlichen Organisationen, die gut ausbilden und vernünftig bezahlen aktiv fördern.

Drittens sollte sich die Region ein Beispiel am von der LINKEN regierten Berlin nehmen: dort sind in den vergangenen 5 Jahren 150.000 neue Arbeitsplätze entstanden – auch weil es dort eine Existenzgründungseinrichtung und Wirtschaftsförderung aus einer Hand gibt. Das sollte auch hier möglich sein.

Meine Damen und Herren,

es wird Zeit, dass mehr Bewegung in die Regionspolitik kommt. Es wird Zeit dass wir eine andere sozialere Politik mit den Menschen nicht über ihre Köpfe hinweg entwickeln. Eine Zustimmung zu unseren Änderungsanträgen wäre ein erster Schritt in diese Richtung. In der vorliegenden Form lehnen wir den Haushalt ab.

Ab 11 September werden die Bürgerinnen und Bürger einer neuen Versammlung einen Auftrag für 5 Jahre erteilen. Ich bin fest davon überzeugt, dass dann eine noch stärkere LINKE hier ihren Beitrag dafür leisten wird, dass das zweite Jahrzehnt der Region Hannover auch die zweite Chance der Region wird und nicht das Scheitern dieses immer noch wertvollen Experiments.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.